

## **echte. Antworten auf die ver.di Wahlprüfsteine**

### **Bildung:**

Kindertagesstätten sind ein wichtiger Baustein der frühkindlichen Bildung. Gleichzeitig ermöglicht ein ausreichendes Angebot an Betreuungsplätzen jungen Familien eine frühe Rückkehr ins Erwerbsleben. Wie bewerten Sie die Versorgung mit Betreuungsplätzen in der Stadt und was möchten Sie hier erreichen?

Es fehlen nach eigener Angabe der Stadt mehrere hundert Kita-Plätze, aber auch die Zuordnung innerhalb läuft fehlerhaft. Gerade bei Kleinkindern ist die wohnortsnahe Einrichtung so auszustatten, dass Kinder aus einem Bezirk untergebracht werden können.

Daher ist es nicht zielführend, neue Kitas "irgendwo" zu planen, damit man "irgendwie" die Vorgabe erfüllt. Tagesmütter in Kindergruppen können dem Bildungsauftrag nicht erfüllen und kann nur als Notlösung betrachtet werden. Gerade im Bildungsbereich ist vorausschauende Planung erforderlich, damit Chancengerechtigkeit erreicht wird. Hier gibt es große Defizite in Remscheid.

Wir wollen mit dem Bildungsauftrag der Kitas erreichen, dass Kitas die Schultauglichkeit der Kinder verbindend gewährleisten. Das erreicht man dadurch, dass das letzte Kita-Jahr verpflichtend wird. Die Öffnungszeiten der Kitas müssen an die Arbeitszeit der Eltern anpassen. Die Qualität der Sprachförderung muss geprüft werden und der Personalschlüssel an sozioökonomischen Verhältnissen des Wohnortes angepasst werden.

Viele Schulen sind in einem maroden Zustand oder benötigen eine andere Ausstattung, um dem digitalen Wandel erfolgreich zu begegnen. Wie wollen Sie diesen Herausforderungen entgegentreten?

Die Landes- und Bundesförderung der Sanierungsmaßnahmen an den Schulen muss den Glasfaserausbau umfassen. Der Schulumbau muss zukünftige Lernkonzepte berücksichtigen, wie kleinere Gruppenräume. Die digitale Ausstattung muss durch Weiterbildung des Lehrkörpers vervollständigt werden.

Wie stehen Sie zu den Schulkonzepten des „Offenen Ganztages“? Wie möchten Sie die Stadt hier zukünftig führen?

Das Angebot des offenen Ganztags muss einer Qualitätskontrolle unterzogen werden. Das Programm muss durch Nachhilfe die schwächsten Schüler/innen unterstützen und Benachteiligungen abbauen. Ein darüber hinaus reichendes Angebot für Hobbygestaltung, können Schulen ein eigenständiges Schwerpunktprofil kreieren, was einer sozialen Mischung im Stadtgebiet zugute kommt. Dafür treten wir mit privaten Anbietern in Verbindung.

### **Daseinsvorsorge:**

Wie möchten Sie eine gute ärztliche und pflegerische Versorgung innerhalb der Kommune gewährleisten?

Langfristige Entwicklung von „Seniendörfern“ statt Pflegeheime. Für ärztliche Versorgung muss die Stadt aktiv werben, wenn absehbar ist, dass im bestimmten Bereichen Fachärzte in Rente gehen werden. Zusammenarbeit mit Krankenkassen, um vorbeugende gesundheitsfördernde Angebote vorhalten zu können. Regelmäßige Besuche von Kinderärzten und Zahnärzten in Kitas und Grundschulen mit Ernährungsratschläge.

## echte. Antworten auf die ver.di Wahlprüfsteine

Der Bürgeranteil bei Straßenerneuerungen wurde zwar halbiert, bleibt aber für viele Bürger existenzbedrohend. Dagegen wurden Klagen angekündigt. Könnten Sie sich vorstellen, bis diese Klagen abgeschlossen sind, in Remscheid Straßen nur so zu erneuern, dass keine Gebühren anfallen?

Öffentliche Straßen gehören zur städtischen Infrastruktur und sind Bestandteil der städtischen (TBR) Vermögenswerte. Zusätzlich Bürger mit hohen Beträgen durch Gebühren an die Maßnahmen zu beteiligen scheint willkürlich, vor allem da Eigentümer schon Grundsteuer B zahlen. Empfundene Ungerechtigkeiten sind kontraproduktiv, wenn das Ziel der Zusammenhalt sein soll.

Kultureinrichtungen sind kein Gewinngeschäft. Kultur ist daher oftmals der erste Ansatz von Sparbemühungen. Sie ist für den sozialen Zusammenhalt jedoch unabdingbar: Wie stehen Sie zu der aktuellen Kulturlandschaft innerhalb der Stadt. Wie möchten Sie den Kulturetat entwickeln, welche Projekte fördern und welche evtl. nicht mehr unterstützen?

Kultur ist gerade in einer Krisensituation wie aktuell durch Corona unabdingbar. Kultur vermag die Empfindungen der Bürgerschaft zu widerspiegeln und in universeller Sprache zu kommunizieren. Dadurch werden Schranken zwischen sozialen und ethnischen Schichten abgebaut und Verständnis zueinander verstärkt bzw. Vorurteile abgebaut. Hochkultur kann nicht ohne freie Kulturszene lebendig bleiben und umgekehrt. Sie sind gegenseitig Impulsgeber. Es lohnt sich, innerhalb der Kommune um Leistungsträger der Wirtschaft und Verwaltung aktiv für die Unterstützung des Kulturangebotes zu werben, damit das Kulturangebot in der Breite sichergestellt wird. Eintrittspreise könnte mit einr freiwilligen Spende verbunden werden. Die Stadt sollte einige hochrangige Kulturgrößen in die Stadt holen, um Kultur als gesellschaftliches Ereignis anzubieten. Es ist fehlerhaft bei der Kultur auf das eigene Klientel wie bisher zu bedenken und dann die Lächer in der Kulturetat zu beklagen. Wenn man auf Spenden aus ist, muss man denen etwas anbieten, von denen man Spenden erwartet. Das passiert in Remscheid so gut wie gar nicht. Reine Klientelpolitik ist keine Kulturpolitik und verweigert der höheren Botschaft der Kultur.

Wie sieht Ihre Innenstadt der Zukunft aus und mit welchen Konzepten und Anreizen möchten sie den lokalen Einzelhandel stärken? Wie stehen Sie zu verkaufsoffenen Sonntagen?

Die Krise des Einzelhandels ist die Krise der Innenstadt. Aus der Sicht der Innenstadtbelebung muss der stationäre Einzelhandel soweit wie möglich erhalten bleiben. Dadurch, dass ein Teil des Umsatzes im Online-Handel erzielt wird, führt dazu, dass die Läden in der Fläche verkleinert oder mit anderen Nutzungen gemischt werden müssen, die den Erlebniswert steigern. Gemischte Nutzungen bedeuten erweiterte Öffnungszeiten, die nicht mehr rein mit Einzelhandel in Verbindung gebracht werden kann. Durch Internetpräsenz ist es einfach differente Öffnungszeiten den Kunden bekannt zu machen. Die Fußgängerzonen verlieren an Bedeutung als fließende Schaufenster der ansässigen Geschäfte, wofür sie ursprünglich konzipiert wurden, und gewinnen als Erlebniszone für jung und alt. Innenstadt darf nicht ausschließlich der Kommerzialisierung freigegeben werden. Die neue Nutzungsmischung muss aktiv und positiv von der Verwaltung begleitet werden. Ein gesellschaftlicher Umbruch und digitale Transformation ist eine Herausforderung sowohl für die Gewerbetreibenden, Immobilienbesitzern als auch für die Verwaltung.

## **echte. Antworten auf die ver.di Wahlprüfsteine**

### **Sozialer Zusammenhalt:**

Der soziale Zusammenhalt in der Gesellschaft ist ein großes Handlungsfeld innerhalb der Kommune. Welches Konzept haben Sie, den Zusammenhalt in der Gesellschaft wieder zu stärken und wo möchten Sie Ihre Schwerpunkte setzen?

Menschen und Familien mit geringem Einkommen, von Altersarmut bedrohten Senioren\*innen oder auch Menschen im ALGII-Bezug sind vom soziokulturellen Leben der Stadt aufgrund ihrer prekären wirtschaftlichen Lage ausgeschlossen. Wie möchten Sie diesen Gruppen eine stärkere Teilhabe am sozialen Leben innerhalb der Stadt ermöglichen?

Eine weitere Herausforderung ist die Einbeziehung von Menschen mit Migrationshintergrund und Geflüchteten in unsere Gesellschaft. Wie möchten Sie dieses Thema mit kommunalen Instrumenten angehen, sei es im konkreten Quartiersbezug oder der sozialen Teilhabe am gesellschaftlichen

Soziale Ausgrenzung und das Gefühl von Ungerechtigkeit ist eng mit dem Gefühl verbunden, in die politischen Entscheidungen nicht genügend beteiligt zu werden. Die geringe Wahlbeteiligung ermöglicht den etablierten Parteien sowohl links oder rechts eine reine Klientelpolitik, die dazu beiträgt, dass Zusammenhalt nicht erlebt wird. Um das Gefühl, alle in einem Boot zu sitzen und nur gemeinsam die Balance zu halten, erfordert eine echte Bürgerbeteiligung mit konkret sichtbaren Resultaten. Dafür wollen wir Etats vorhalten, worüber die Bürgervereinigungen in Bezirken, Elternschaften der Schulen oder Kitas für die Wohn- und Bildungsumfeldverbesserung selbstständig entscheiden können.

Bürgerbeteiligung und Befragung durch digitale Plattformen senkt die Hemmschwelle zur Beteiligung an Entscheidungsprozessen.

### **Handlungsfeld Mobilität:**

Wie sieht Ihrer Meinung nach ein zukunftsorientierter, nachhaltiger, attraktiver und emissionsarmer Verkehr in Remscheid aus?

Das Ziel sollte jedoch sein, dass man langfristig auf ein privates Fahrzeug verzichten kann. Für die Mobilität sollten Flatrates für ein Paket von Fahrzeugen angeboten werden: Bus, Bahn, Mietwagen und Taxi. Dadurch benutzt man ein Fahrzeug, nur dann, wenn man es braucht. Share-Prinzip spart Fläche für stehenden Verkehr und setzt befestigte Flächen frei für andere Nutzungen.

Angestrebt wird eine flächendeckende E-Mobilität. Wie würden Sie diese Vorgabe realisieren?

Bevor die Attraktivität der E-Mobilität zum Kauf animiert, muss ein Netz von Ladestationen vorhanden sein. Am besten fängt man mit Firmen an, die Dienstwagen anbieten. Verwaltung kann hier die Vorreiterrolle anstreben, vor allem Vorstandsmitglieder, die auswärts wohnen und nach Remscheid pendeln. E-Mobilität oder gar der Verzicht auf den eigenen Wagen müsste bei der Gesamtbilanz der CO2 Reduzierung einer Haushalt steuerlich bemerkbar machen.

Soll es Sonderrechte für E-Mobile geben, wenn „ja“ welche?

So lange die Stadt kein Ladenetz realisiert hat, lohnt es sich nicht über Sonderrechte zu beraten.

## echte. Antworten auf die ver.di Wahlprüfsteine

Wie soll eine flächendeckende Ladeinfrastruktur geschaffen werden? Eine Voraussetzung ist ein intelligentes Verteilnetz (Smart-Grid). Wie wollen Sie dies sicherstellen in einem teilweise veralteten Netz? Würden Sie öffentlichen Parkraum begrenzen und verteuern? Wie wollen Sie Radfahren und zu -Fuß-Gehen attraktiv machen und die Bürgerinnen und Bürger motivieren?

Ladestationen sind da angebracht, wo Autos länger geparkt werden; an Arbeitsplätzen, Einkaufszentren, Kinos etc. Ähnlich wie bei Mietung von privaten Dachflächen für Photovoltaik, kann im gleichen Zug die Stellen für Ladestationen vertraglich festgehalten werden.

Radfahren und zu-Fuß--Gehen kann als gesundheitlich vorbeugende Maßnahme gelten und sollte mit Krankenkassen ausgelotet werden, in welcher Weise dies förderfähig wäre.

Ein wesentlicher Baustein ist ein preiswerter und guter ÖPNV. Sind Sie bereit, diesen finanziell zu unterstützen und auszubauen?

ÖPNV in einer mittelgroßen Stadt wie Remscheid kann man nicht ohne Verluste die Taktung anbieten, die den Busverkehr attraktiver macht. Digitalisierung optimiert die Taktung und kann Fahrten außerhalb der regulären Verbindungen im Angebot aufnehmen. Grundsätzlich muss der ÖPNV auch andere Fahrzeugtypen und lokale Anbieter wie Mietwagen, oder Taxi anbieten. Ein Jahreskarte muss preislich attraktiv sein (unter 400€) und ist daher nicht ohne Zuschuss aus Steuermitteln realisierbar.

Wie möchten Sie als Stadtverwaltung mit Ihren Mitarbeiter\*innen mit gutem Beispiel für alternative Mobilität vorangehen?

Jobticket, Möglichkeit des Homeoffice, Furhpark der Stadt auf Wasserstoff umstellen, Ebikes, Handlungsfeld CO<sub>2</sub>-Ausstoß

Viele Bereiche sind Verursacher: Gebäude, Wärmezeugung, Stromerzeugung, Mobilität - in welche Bereichen wollen Sie für eine CO<sub>2</sub>- Minderung investieren?

Die Stadt Remscheid hat sich als Mitglied im Klimabündnis verpflichtet den CO<sub>2</sub> Ausstoß bis 2030 zu halbieren. Dieses Ziel wird sie verfehlen. Es gibt bereits viele Maßnahmen und Strategien zu allen genannten Bereichen die vom Rat der Stadt beschlossen worden sind, nur werden diese nicht umgesetzt bzw. durch andere Ratsbeschlüsse konterkariert.

Wie erfolgt eine Erfolgskontrolle?

Offensichtlich gar nicht. Wenn Maßnahmen nicht wie beschlossen durchgeführt werden gibt es auch keine Erfolge die kontrolliert werden können. Es gab einen Bericht der festgestellt hat, dass in vielen Bereichen die Ziele verfehlt wurden, allerdings erfolgten daraus keine zusätzlichen, jedoch eigentlich erforderliche Maßnahmen.

Würden Sie bei Neubauten und in der Bauleitplanung Vorgaben machen?

Z.B. Photovoltaik, Begrünung, Einschränkung der Stellplätze, Bauweisen.

Nein, aber entsprechende Förderungen oder Zuschüsse anbieten, wenn entsprechende bauliche Klimaschutzmaßnahmen in die Bebauung einfließen.

Welche Möglichkeiten sehen Sie, den Altbestand der Gebäude zu ertüchtigen?

## echte. Antworten auf die ver.di Wahlprüfsteine

Sowohl die Stadt als auch die GEWAG sollte für die werterhaltende Sanierungsmaßnahmen ihrer Bestände sorgen.

Handlungsfeld Grün

Eine vernetzte Grünstruktur gerade in den verdichteten Innenstadtbereichen bietet Ausgleich für Überhitzung und Starkregen/Überflutungen und bietet direkte Erholung von Luftschadstoffen und Lärm. Wie sehen Sie die zukünftige Entwicklung Remscheids zu diesem Faktor?

Die aktuelle städtebaulichen Planungen konterkarieren alle dies bezüglich beschlossenen Klimaschutzaktivitäten in dieser Stadt. Wichtig wäre, dass sämtliche Investitionen und Planungen maximale Klimavertäglichkeit zum Ziel haben müssen und darüber hinaus mit den bereits beschlossenen Maßnahmen und Strategien in Einklang stehen.

Wohnen in Remscheid

Viele Städte stehen vor tiefgreifenden Veränderungen, die Probleme für ein gutes Miteinander aufwerfen. Dazu gehören u.a.: Aussterben der Innenstädte, benachteiligte Stadtviertel, Ghettobildung, Integration von Zuwanderern, Abwanderung, insbesondere junger Menschen etc. Negative Entwicklungen im Umgang der Menschen miteinander sind verstärkend: Individualisierung, Distanzierung und Entsolidarisierung. Das Remscheider „Mosaik-Projekt“ hat gezeigt: Für Remscheid gilt DAS nur eingeschränkt. Aber Remscheid hat Einwohner, vor allem junge Menschen, verloren und die demografische Entwicklung zeigt einen zukünftig hohen Anteil der älteren Generationen. So sind unterschiedlichste Anforderungen zu berücksichtigen. In Remscheid gibt es viele alte, abgewohnte Baulichkeiten. Wie wollen Sie die Eigentümer animieren, diesen Mangel zu beseitigen.

Ohne finanzielle Anreize oder Fördermittel wird dies schwierig werden solange von den Gebäuden keine Gefährdung vorliegt.

Das „Mosaik-Projekt“ hat gezeigt: Ähnliche Einschränkungen gelten auch für ganze Wohngebiete. Könnten Sie sich eine funktionale Aufwertung (z.B.: Ansiedlung neuer Geschäfte und Dienstleistungen, qualitative und quantitative Angebotserweiterung) dieser Gebiete vorstellen? Wenn ja: Welche?

Ja. Wichtig ist die fußläufige Erreichbarkeit unterschiedlicher Dienstleister wie z.B. Post, Ärzte und der Nahversorgung.

Wie bewerten Sie die Genehmigungsabläufe in der Bauverwaltung?

Im Vorfeld eines Bauvorhabens wäre beratende Tätigkeit der Bauverwaltung essentiell, wenn das Ziel der Gemeinde ist, Brachflächen wiedernutzbar zu machen, statt Neubauten auf der grünen Wiese entstehen zu lassen. Das gleiche gilt für Nutzungsänderungen vor allem im Gewerbeleerstand der Innenstadt. Die baurechtliche Beratung vor dem Genehmigungsverfahren beschleunigt ungemein das Gesamtverfahren, da das Projekt im Amt schon bekannt ist und der Bauantrag an das Ermessensspielraum der Verwaltung angepasst wurde. Für die Gemeinde wichtige Großprojekte sollte der Bauherr den am Genehmigungsverfahren beteiligten Fachbereichen vorstellen dürfen, mit Begleitung der städtischen Wirtschaftsförderung. Das würde

## echte. Antworten auf die ver.di Wahlprüfsteine

helfen, dass alle im Rahmen der Gesetze und dessen Ermessensspielraum an einem Strang ziehen. E-Government vermag das Genehmigungsverfahren durch digitalen Austausch sowohl verwaltungsintern als auch nach Bedarf zum Bauherren zu beschleunigen. Da ist noch Luft nach oben.

Wiemöchten Sie diese vor dem Hintergrund „Guter Arbeit“ für die Beschäftigten und „Guter Dienstleistung“ für die Bauherr\*innen verbessern?

Durch abteilungsübergreifende digitalisierte und Prozesse die Verfahren vereinfachen und beschleunigen.

Eine große Herausforderung, auch für Remscheid, ist der demografische Wandel. Wie wollen Sie der steigenden Nachfrage nach altengerechtem Wohnraum begegnen?

Ziel muss es sein, bei der Ausweisung von neuen Bauflächen die Errichtung von altengerechten Wohnungen im Geschosswohnungsbau mit Eigentums- oder Mietwohnungen zu ermöglichen, aber auch im Segment des sozial gebundenen Wohnungsbaus neue Angebote zu schaffen, um so der steigenden Nachfrage gerecht zu werden. Damit kann den zukünftigen wohnungspolitischen Herausforderungen, die mit der demografischen Entwicklung einhergehen, angemessen begegnet werden.

Welche Maßnahmen möchten Sie ergreifen, um auch in Zukunft bezahlbaren Wohnraum für alle Einkommensschichten zu sichern?

Indem wir die städtische Strategie zur „Neuen Sozialen Wohnraumförderung“ unterstützen.

Können Sie sich Kooperationen zwischen den Remscheider Unternehmen und der Kommune zur Schaffung von bezahlbarem Wohnraum vorstellen?

Ja. Das ist kein neues Konzept. Es gab einige Remscheider Betriebe die ihre Mitarbeitern Werkwohnungen zur Verfügung gestellt haben.

Kommunaler Haushalt

Remscheid ist wie viele Kommunen hoch verschuldet. Zusätzlich hat Remscheid einen riesigen Investitionsstau. Vor allem Schlüsselbereiche der Infrastruktur sind betroffen: Brücken und Straßen, Schulen, öffentliche Gebäude. Diese Missstände verstärken die im Fragen-Komplex „Wohnen in Remscheid“ beschriebenen Vorgänge. Wie wollen Sie die Einnahmeseite unserer Kommune stärken, um eine gute Lebensqualität der Bürger\*innen zu gewährleisten?

Städtische Immobilien und Grundstücke sollten nicht mehr unter Wert und ohne öffentliches Vermarktungsverfahren veräußert werden dürfen. Die Einrichtung eines zentralen städtischen Fördermanagements, welches sich um die Akquise von Fördergeldern und Fördermöglichkeiten kümmert. Bei allen von der Stadt Remscheid geplanten Investitionen ist konsequent der Bezug von Landes-, Bundes- und europäischen Fördermitteln zu prüfen und sicherzustellen. Remscheid als Wohnort attraktiv zu gestalten um auch vom Einkommenssteueranteil profitieren zu können. Man muss allerdings auch die Ausgabenseite betrachten. Jede Investition auf ihre Wirtschaftlichkeit resp. Kosten / Nutzen geprüft wird. Dabei sind auch die Folge und Betriebskosten zu berücksichtigen.

## echte. Antworten auf die ver.di Wahlprüfsteine

Denken Sie daran Gebühren oder kommunale Steuern zu erhöhen oder einzuführen?

Nein.

Wie stehen Sie zur Zonser-Erklärung einiger Städte und Kommunen vom 25.07.2019, in der ein Verbot eines Gewerbesteuerdumpings der Kommunen gefordert wird?

Die Gesetzeslage ist eine andere. Jede Kommune kann ihren Gewerbesteuerhebesatz innerhalb der Grenze selbst bestimmen. Ein „Verbot“ würde die Kommunen die nicht über Standortvorteile wie ausreichend Gewerbeflächen, entsprechende Infrastruktur etc. verfügen, zusätzlich benachteiligen. Generell sehen wir die unter dem Deckmantel kommunaler Solidarität geforderten Absprachen bei der Steuer kritisch. Eine gute Wirtschaftspolitik ersetzt diese Erklärung nicht.

Würden Sie eine Privatisierung kommunaler Leistungen und Eigentum befürworten?

Dies müsste im Einzelfall unter dem Aspekt der Wirtschaftlichkeit und den Nutzen für die Bürgerinnen und Bürger betrachtet werden. Wir sind mitten in einem gesellschaftlichen Umbruch, in dem keine pauschalen Aussagen getroffen werden können.

stärkere Beteiligung hoher Vermögen an der Steuerlast wie früher eine Option, um die Kommunen in ihrem Auftrag der Daseinsvorsorge zu unterstützen?

Auf kommunaler Ebene schwer umsetzbar, da Kommunen nur Einflussmöglichkeit auf Gewerbesteuer hat. Eine Erhöhung von Gewerbesteuer würde den Wirtschaftsstandort massiv schwächen und die Steuereinnahmen weiter einbrechen lassen.

„Gute Dienstleistungen“ für Bürger\*innen „Gute Arbeit“ für Beschäftigte in der Verwaltung

Eine leistungsfähige Kommunalverwaltung ist Grundlage des öffentlichen Lebens und unverzichtbar für die Menschen in einer Stadt. Ausreichend, gut ausgebildete, zufriedene Mitarbeiter\*innen in allen Bereichen sind dafür Voraussetzung. Auch durch die hohe Verschuldung kann dies nicht mehr gewährleistet werden. Fachkräftemangel, Alterspyramide, Personalabwanderung, Überlastung, etc. sind Ursachen dieser Misere. Auch größtmöglicher Einsatz der Mitarbeiter\*innen kann die Lücken nicht auffüllen und gefährdet auf Dauer die Gesundheit. Die geplante Digitalisierung verspricht zwar Linderung, ist aber kein „Alleskönner“!

Für welche Kernwerte soll die Arbeitgeberin Stadtverwaltung für Sie stehen?

Sichere, gerecht bezahlte und familienfreundliche Arbeitsverhältnisse.

Wie wollen Sie Sicherheit und Unversehrtheit der Mitarbeiter\*innen gewährleisten?

Durch ein Sicherheitskonzept und Deeskalationstraining.

Welchen Anspruch haben Sie an den Bürger\*innen-Service vor dem Hintergrund von dauerhaft unbesetzten Stellen?

Wir haben den Anspruch diesen Misstand zum Wohle der Mitarbeiter\*innen und Zufriedenheit der Bürger\*innen endlich abzuschaffen, durch entsprechende Stellenbesetzung. Dauerhaft unbesetzte Stellen belasten die Mitarbeiter\*innen durch Mehrarbeit, Überstunden etc.

Mit welchen Maßnahmen möchten Sie dem realen Fachkräftemangel begegnen?

## **echte. Antworten auf die ver.di Wahlprüfsteine**

Durch ein Personalkonzept, und die Schaffung von mehr Ausbildungsplätzen und entsprechenden Weiterbildungsmaßnahmen.

Wie möchten Sie die Digitalisierung und den Anspruch einer „smarten Stadtverwaltung“ umsetzen? Welche Rolle spielen dabei die Beschäftigten und die Mitbestimmung?

Das Onlinezugangsgesetz (OZG) gibt klar die Richtung vor: Die Verwaltung muss bis 2022 digitale Lösungen finden. Die Digitalisierung muss nachhaltig erfolgen, angepasst an die speziellen Bedürfnisse und Anforderungen der Verwaltung.

„Gute Arbeit“ betrifft nicht nur die eigenen Mitarbeiter\*innen. Wie stehen Sie zu den Aspekten der sozial und umweltverträglich verantwortlichen Vergabe von Dienstleistungen?

Das sollte mit Blick auf die soziale Verantwortung und der klimapolitischen Ziele zu der sich die Stadt verpflichtet hat selbstverständlich sein. Nur sieht das in der Realität anders aus.